

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns gemeinsam zu dieser Friedenspolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bekennen, dann sollten wir uns zugleich auch dazu bekennen, diese Politik durch einen entschiedenen täglichen Kampf gegen diese Verhetzung der Völker zu unterstützen.

(Lebhafter Beifall)

Die in dem großen Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern, der Angestellten und Handwerker, der Lehrer und Techniker, der Geistesarbeiter und Kulturschaffenden zu zusammengeschlossenen werktätigen Menschen in der sowjetischen Besatzungszone haben — das darf ich ohne Übertreibung feststellen — unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen wesentlichen Beitrag zur Begründung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung geleistet.

Diese rechtmäßige Ordnung ist die Basis für die Abwehr der sich auf der in Westdeutschland betriebenen Politik ergebenden Gefahr für den Bestand unseres Staates und der deutschen Nation und für einen erfolgreichen Kampf um die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes.

Namens meiner Fraktion schließe ich mich in vollem Umfange den Worten des Dankes an, die der Herr Ministerpräsident namens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Adresse der Regierung der UdSSR für die Politik ausgesprochen hat, die sie getreu dem Stalin-Wort, daß die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bestehen bleibe, in der deutschen Frage befolgt hat.

Wir müssen, meine Damen und Herren, bei selbstkritischer Einschätzung unserer Kräfte offen bekennen, daß wir ohne die Hilfe, die uns die sowjetische Besatzungsmacht bei der Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens, bei der Schaffung der ökonomischen Grundlagen für eine lebendige, volksverbundene Demokratie gewährt hat, noch nicht die Kräfte entwickelt hätten, die es uns ermöglichen, die Ergebnisse der letzten Tage zu erreichen.

Die Sowjetunion hat uns aber nicht nur geholfen, unsere demokratische Ordnung zu errichten, sie war auch, wie der Herr Ministerpräsident überzeugend dargelegt hat, die einzige der Siegermächte, die nach den im Potsdamer Abkommen aufgestellten Grundsätzen ohne jede Schwankung, ohne Rücksicht auf ihren eigenen machtpolitischen Zustand unseren Kampf um die Erringung der uns zugesicherten Einheit Deutschlands, um die Bildung einer deutschen Regierung, um den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen unterstützt hat.

Ich darf hier, meine Damen und Herren, noch einmal wiederholen, was ich unlängst an anderer Stelle gesagt habe: Die erste Tat der Regierung der Sowjetunion, der Regierung der Arbeiter und Bauern war an dem Tage ihres Entstehens der Ruf um Frieden an alle. Diesem Grundsatz ihrer Politik ist die Sowjetunion auch treu geblieben gegenüber dem Lande und dem Volke, das in so hohem Maße ihren Aufbau gestört und ihre Völker geschwächt und geschädigt hat.

(Lebhafter Beifall)

So hat die sozialistische Sowjetunion sich in diesem Ringen um Deutschlands Zukunft auch wieder als die große Führerin im Kampfe um das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, auch der in einem Kriege unterlegenen, gegen jede nationale Unterdrückung und für die Schaffung eines dauerhaften Friedens für alle Völker gezeigt.

Wenn es ihr und im Bunde mit ihr unseren Nachbarn, Polen, der Tschechoslowakei und den Volksdemokratien Südosteuropas, trotz alledem noch nicht gelungen ist, die Grundsätze des Potsdamer Ab-

kommens und die Forderungen der Warschauer Außenministerkonferenz zu realisieren, so ist das, wie in der Regierungserklärung festgestellt worden ist, nicht die Schuld der Sowjetunion, sondern ausschließlich die Schuld jener Mächte, für die Kolonien und in Abhängigkeit gehaltene Völker schon immer ein wertvolles Reservoir an Kräften zur Behauptung und Durchsetzung ihrer Weltherrschaftspläne waren.

Unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, wird es sein, gemeinsam mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unsere Kräfte zu steigern, die auf die Erringung der deutschen Einheit und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages gerichtete Arbeit der Regierung Grotewohl nicht nur hier in diesem Hause, nicht nur hier bei Abstimmungen zu stützen, sondern auch draußen im Lande mit der ganzen Verpflichtung, die wir gegenüber dem deutschen Volke tragen, zu verteidigen.

(Lebhafter Beifall)

Diese Aufgabe wird uns erleichtert durch den großzügigen Entschluß der Regierung der Sowjetunion, die von ihr bisher ausgeübten Verwaltungsfunktionen nunmehr in die Hände der deutschen Regierung zu legen und sich lediglich noch auf die Kontrolle der Durchführung jener Verpflichtungen zu beschränken, die sich für uns als Folge des Hitler-Verbrechens an den Völkern Europas aus dem Potsdamer Abkommen und anderen Viermächtevereinbarungen ergeben.

Wir begrüßen besonders lebhaft die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die Handelsbeziehungen zu allen Staaten, die bereit sind, mit uns auf der Grundlage der Gleichberechtigung Handel zu treiben, aufzunehmen und auszubauen. Wir haben mit großer Befriedigung die Ankündigung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen, daß es der Regierung der jungen Deutschen Demokratischen Republik bereits gelungen ist, sehr wesentliche Erweiterungen dieser Handelsbeziehungen zu erreichen.

Aber, meine Damen und Herren, die Verbesserung und Erweiterung unserer Handelsbeziehungen und der sich daraus ergebende Kraftzuwachs für unsere Wirtschaft werden nur dann zu einer dauernden Verbesserung der Lebenshaltung unseres werktätigen Volkes führen, wenn sie uns ein Ansporn sind zur Verstärkung unserer eigenen Kräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Verbesserung der Qualität unserer Industrieerzeugnisse, zur Erhöhung der Hektarerträge in der Landwirtschaft und zur Erfüllung der Viehaufzuchtpläne und des Zweijahrplanes überhaupt.

Es ist nichts damit getan, sich bei den anerkennenden Worten des Herrn Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik für die Aktivisten unseres Volkes von den Plätzen zu erheben und dankbar Beifall zu klatschen. Es ist notwendig, daß wir alles, was in unserer Kraft steht, tun, um diese Aktivistenbewegung zu fördern, den Nachwuchs zu entwickeln und den Aktivisten, die den ersten Anteil an der Verbesserung der Lebenshaltung unseres Volkes haben, auch die bevorzugte Verbesserung ihres eigenen Lebens zu sichern.

(Beifall)

Die Aufgaben, die vor uns stehen, sind groß. Die Art, in der wir sie lösen, ist entscheidend für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft unseres Volkes. Sie ist nicht nur abhängig von den großen politischen Entscheidungen, durch die Geschichte gemacht wird. Die politische Willensbildung des Mannes auf der Straße, unseres Volkes, wird im wesentlichen beeinflusst durch die kleinen Dinge des täglichen Lebens. Gestatten Sie mir daher, meine Damen und Herren, die Bemerkung, daß wir, wenn wir erfolgreich auf der höheren politischen Ebene für Deutschland arbeiten wollen, nicht und niemals vorübergehen dürfen an den